

Trotz gegenteiliger Versicherungen haben die von den USA und der EU gegen den Iran verhängten scharfen Sanktionen verheerende Auswirkungen auf das tägliche Leben der iranischen Bevölkerung.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 195/12 – 18.11.12

Im Iran bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an Die den iranischen Banken und Finanzinstituten auferlegten Sanktionen könnten eine humanitäre Krise auslösen

Von Muhammad Sahimi und Eskandar Sadeghi-Boroujerdi
Al Jazeera, 30.10.12

(<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2012/10/20121023101710641121.html>)

Während ihrer am Montag letzter Woche geführten Debatte über Außenpolitik waren sich Präsident Barack Obama und sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney darin einig, dass die dem Iran von den USA und ihren Verbündeten auferlegten lähmenden Sanktionen so lange andauern müssen, bis die Islamische Republik ihre atomaren Ambitionen aufgibt.

Beide scheinen sich auch die ständig wiederholte Forderung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu zu eigen gemacht zu haben, dass "dem Iran nicht erlaubt werden dürfe, die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen zu erwerben", und dass mit der Erlangung dieser Fähigkeit eine "rote Linie erreicht wäre", die unter keinen Umständen überschritten werden dürfe. Vorher hatte Netanjahu noch gefordert, "dem Iran dürfe keinesfalls erlaubt werden, Atombomben zu erwerben".

"Die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen" wird dabei absichtlich unscharf und schwammig definiert; mehrere Analysten behaupten sogar, die Islamische Republik besitze bereits diese Fähigkeit, weil sie über alle Komponenten verfüge, die ihr den Bau einer Bombe ermöglichen würden, falls sie das wünsche. Sobald ein Land die Anreicherungstechnologie beherrscht, wird allgemein davon ausgegangen, dass es dann nur noch die politische Entscheidung zum Bau von Atomwaffen treffen muss.

Die Geheimdienste Israels und der USA sind übereinstimmend der Meinung, dass der Iran diese politische Entscheidung noch nicht getroffen hat. Der entscheidende Grund für diese Annahme ist natürlich die Tatsache, dass der Iran den Atomwaffensperrvertrag / NPT unterzeichnet hat und seine gesamten Anreicherungsanlagen von der International Atomic Energy Agency / IAEA überwachen lässt; wenn der Iran angereichertes Uran für den Bau einer Bombe abzweigen wollte, müsste er den NPT kündigen. Wenn er das täte, würden natürlich überall auf der Welt die Alarmglocken schrillen und wahrscheinlich ein sofortiges militärisches Eingreifen des Westens auslösen.

Im Westen wird nur über wechselnde und vage roten Linien geredet, die den Propagandanebel durchziehen, in den die westliche Sicherheitsrhetorik den Iran einhüllt; kein einziges Wort fällt über die Notlage und das Leiden des iranischen Volkes, das keinerlei Einfluss auf die von der Führung der Islamischen Republik getroffenen Entscheidungen hat. Dabei zeichnet sich bereits ab, dass die Sanktionen, die wegen der unnachgiebigen Haltung der iranischen Regierung verhängt wurden, das Potential zum Auslösen einer humanitären Katastrophe haben.

"Kluge" und "gezielte" Sanktionen

Die fehlende Rücksichtnahme auf die Versorgungslage der iranischen Bevölkerung muss – zumindest was den US-Präsidenten angeht – überraschen, weil seine Regierung und die Europäische Union / EU, als sie gemeinsam die Sanktionen gegen den Iran verhängten, der Welt versprochen, diese "klug und gezielt" einzusetzen. Sie versicherten, dass sich die Sanktionen nicht negativ auf das tägliche Leben der Millionen Iraner auswirken würden, von denen viele gegen die Politik der iranischen Regierung opponieren.

Die jetzt mit voller Wucht greifenden Sanktionen treffen aber vor allem die Bevölkerung, die angeblich verschont werden sollte; die westliche Politik gegenüber dem Iran fügt dessen entmachteter Bevölkerung, die nicht nur daheim, sondern jetzt auch im Ausland rechtlos geworden ist, zusätzliche "Kollateralschäden" zu. De facto gibt es sehr deutliche Anzeichen dafür, dass es zu einer humanitären Katastrophe kommen könnte, die genau so bedrohlich wie ein militärischer Angriff wäre.

Die angeblich "klugen und gezielten" Sanktionen wirken sich zunehmend auf alle Bereiche aus, auch auf solche, gegen die sie offiziell überhaupt nicht gerichtet sind. Das ist auch beabsichtigt, selbst wenn uns westliche Politiker etwas anderes erzählen. Um die Kritik zu vermeiden, der sie ausgesetzt waren, als sie in den 1990er Jahren umfassende Sanktionen gegen den Irak verhängten, haben die USA und ihre Verbündeten in der EU mit ihren Sanktionen gegen die Zentralbank des Irans praktisch auch alle anderen iranischen Banken lahmgelegt, die an Handelsgeschäften mit dem Ausland beteiligt sind. Da diese Banken Kredite für Importe gewähren und finanzielle Garantien für den Handel mit dem Ausland übernehmen, ist es äußerst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich geworden, lebenswichtige Waren und Produkte zu importieren – auch solche, die absolut nichts mit dem Militär, dem Ölverkauf oder dem Atomprogramm des Irans zu tun haben. Die jetzt dem Iran auferlegten Sanktionen sind nur scheinbar "humaner" als die dem Irak auferlegten.

Besonders schwer betroffen ist der pharmazeutische Sektor. Der Iran produziert zwar einen großen Teil des medizinischen Bedarfs und der Arzneimittel, die seine Bevölkerung braucht, in Form von wirkstoffgleichen Kopien (Generika) der Produkte bekannter Arzneimittelhersteller selbst; er ist aber noch nicht in der Lage, die im Laufe der letzten 10 bis 15 Jahre entwickelten Medikamente gegen eine Vielzahl schwerer Krankheiten herzustellen, weil sie noch nicht in Form von Generika verfügbar sind. Infolgedessen muss der Iran jedes Jahr große Mengen von Arzneimitteln importieren, damit auch in der iranischen Bevölkerung auftretende schwere Krankheiten wie zum Beispiel Leukämie oder Aids behandelt werden können.

Sanktionen gegen Banken

Die Sanktionen gegen die iranischen Banken und Finanzinstitute machen es dem Iran unmöglich, die dringend benötigten Medikamente oder die zu deren Herstellung notwendigen Chemikalien einzuführen. Weil die Ölexporte des Irans wegen der verhängten Sanktionen stark zurückgegangen und seine Devisen entsprechend geschrumpft sind, wird es immer schwieriger, die teuren Medikamente aus dem Ausland zu bezahlen, selbst wenn ein Weg gefunden würde, sie weiterhin zu importieren. Nach Aussage eines Apothekers in Teheran "sind die Lager für Pharmazeutika leer, weil wegen der Sanktionen nicht mehr alles importiert werden kann, was dringend gebraucht würde, und weil wegen fehlender Mittel neue Importe auch nicht mehr bezahlt werden können".

Wegen der Arzneimittelknappheit bahnt sich im Iran die Gefahr einer humanitären Katastrophe an. Nach jüngsten Schätzungen sind derzeit bereits 6 Millionen Patienten von den durch die Sanktionen entstandenen Engpässen beim Import und bei der Herstellung von Medikamenten im Iran selbst betroffen.

Das hat viele iranische Mediziner veranlasst, vor der Gefahr zu warnen, die vor ihren Augen heraufzieht. Der Vorstand der Iranian Haemophilia Society (der Iranischen Gesellschaft zur Behandlung der Bluterkrankheit) informierte kürzlich die World Federation of Haemophilia / IFH (die Weltföderation für Hämophilie), dass zehntausende Kinder in Lebensgefahr schweben, weil Medikamente fehlen, die wegen der internationalen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran nicht mehr importiert werden können.

In dem Brief des Vorstandes an die IFH wird mitgeteilt, der Medikamentenexport in den Iran sei zwar nicht verboten, wegen der Sanktionen gegen die iranische Zentralbank und andere Finanzinstitute des Landes könnten die Arzneimittel aber nicht mehr eingekauft werden. Die Gesellschaft, die sich selbst als unpolitische Vereinigung bezeichnet, die seit 45 Jahren aktiv ist, verurteilte die "unmenschlichen und unmoralischen" Sanktionen der USA und der EU und bat internationale Organisationen um Hilfe.

Es fehlen Medikamente zur Behandlung schwerer Krankheiten

Einige statistische Angaben sind sehr aufschlussreich. Mehrere zehntausend iranische Jungen und junge Männer sind Bluter und brauchen bestimmte Medikamente, die importiert werden müssen. Viele von ihnen müssten aus unterschiedlichen Gründen operiert werden; weil die Medikamente zum Stoppen der Blutung fehlen, können die Operationen aber nicht durchgeführt werden.

Nach glaubwürdigen Berichten aus dem Iran können Patienten mit der Bluterkrankheit nicht mehr operiert werden, und einige sind deshalb bereits verstorben. Im Iran leiden etwa 37.000 Menschen an Multipler Sklerose, einer schweren Erkrankung des Nervensystems, die, wenn sie nicht mit speziellen Medikamenten behandelt wird, schnell zum Tod der Patienten führt. Auch drei Mitglieder einer (bekannten) iranischen Großfamilie leiden unter Multipler Sklerose. Trotz bester medizinischer Versorgung starben schon bisher jedes Jahr rund 40.000 Iraner an Krebs, und jetzt sagen Experten voraus, dass bis zum Jahr 2015 eine neue Krebswelle auf den Iran zurollen wird – mit 70.000 bis 80.000 Neuerkrankungen pro Jahr; die Lage wird also immer bedrohlicher.

Fatemeh Hashemi, die Vorsitzende der iranischen Charity Foundation for Special Diseases (einer wohltätigen Stiftung für spezielle Krankheiten), die sich um die Bedürfnisse von Patienten aller Altersstufen mit lebensbedrohenden Krankheiten wie Krebs, Herz- und Lungenleiden, Multipler Sklerose und Thalassämie (einer Erkrankung der roten Blutkörperchen) kümmert, hat kürzlich einen Brief an den UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon geschrieben. Diese Stiftung ist eine sehr erfolgreiche unpolitische Organisation, die nicht nur im Iran, sondern auch im Irak und in Afghanistan schon vielen Menschen geholfen hat und deren Arbeit von den Vereinten Nationen anerkannt wird.

In ihrem Brief teilte Frau Hashemi mit, dass ihre Organisation "6 Millionen Patienten betreut und folglich in Kontakt mit 30 Prozent der iranischen Bevölkerung steht". Die unpolitische Ausrichtung ihrer Organisation betonend, schrieb sie:

"Obwohl Medikamente nicht von den Sanktionen betroffen sind, können sie nicht mehr importiert werden, weil sie wegen der Auswirkungen der Sanktionen auf das iranische Bankensystem nicht mehr bezahlt werden können; das wirft einen dunklen Schatten auf den Gesundheitssektor. Dadurch wird nicht nur der Import von Medikamenten, sondern auch der Bezug von Chemikalien (die für die Herstellung von Arzneimitteln im Iran selbst gebraucht werden) unmöglich gemacht. ... Um der Humanität willen appelliere ich an das Gewissen der Menschheit und bitte darum, die Tatsache zu bedenken, dass die Sanktionen, die der iranischen Bevölkerung eigentlich nicht schaden sollten, eine verheerende Wirkung auf das Leben und die Gesundheit der Menschen haben."

Die angeblich "klugen und gezielten" Sanktionen, die sich nicht negativ auf die iranische Bevölkerung auswirken sollten, fügen ihr in Wirklichkeit schweren Schaden zu.

Sie haben zur Folge, dass der Mangel an Medikamenten für Patienten mit schweren und lebensbedrohenden Krankheiten zu einer immer größeren Gefahr wird.

Arzneimittelknappheit

Nach jüngsten Berichten mussten zwei große Fabriken, die Medikamente für eine Vielfalt von Krankheiten hergestellt haben, wegen der den iranischen Finanzinstituten auferlegten Sanktionen schließen, weil sie die für die Produktion notwendigen Chemikalien nicht mehr aus dem Ausland importieren konnten.

Die Welt muss erkennen, dass der von den USA und ihren Verbündeten eingeschlagene Weg sich gespenstisch dem Unrecht annähert, das dem Irak in den 1990er Jahren angetan wurde. Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks UNICEF der Vereinten Nationen haben die damals dem Irak auferlegten Sanktionen den Tod von bis zu 500.000 irakischen Kindern verursacht. In Anbetracht dessen, dass die Bevölkerung des Irans dreimal so groß wie die des Iraks ist, werden im Iran noch viel mehr Kinder sterben, wenn die Sanktionen – wie im Irak – mehrere Jahre andauern sollten.

Weil der Iran auch Weizen, Reis und andere Nahrungsmittels in großen Mengen importieren muss, werden bei länger andauernden Sanktionen nicht nur hunderttausende Iraner wegen des Mangels an Medikamenten und medizinischem Bedarf sterben, sondern wegen der Nahrungsmittelknappheit auch verhungern. Es sollte auch zur Kenntnis genommen werden, dass die Politik Saddam Husseins durch die Sanktionen nicht beeinflusst werden konnte.

Nachdem sie Hunderttausende von irakischen Kindern umgebracht hatten, kamen diejenigen, die schon immer einen Krieg gegen den Irak führen wollten, zu dem Schluss, dass die Sanktionen gescheitert seien und deshalb ein "Regimewechsel" herbeigeführt werden müsse. Heute wissen wir, dass der Irak weder Massenvernichtungswaffen hatte, noch welche herzustellen beabsichtigte. **Auch der Iran hat noch keine Atomwaffe; die (erpresserische) Politik des Westens könnte die iranische Führung aber veranlassen, sich doch noch Atomwaffen zu verschaffen, damit ihr Regime überleben und sie an der Macht bleiben kann.**

Die umfassenden Sanktionen gegen den Irak haben nicht nur Tausenden den Tod gebracht, sondern auch direkt in den Krieg geführt. Was den Iran angeht, besteht ein wichtiger Unterschied darin, dass ihm China eine Rettungsleine zuwirft, weil es wegen seiner wirtschaftlichen Expansion nicht auf das iranische Öl verzichten kann; das ist aber keine wünschenswerte Entwicklung für diejenigen Iraner, die eine Demokratisierung der Islamischen Republik und die Menschenrechte durchsetzen wollen.

Die Sanktionen haben weder die starke Position der Iranischen Revolutionsgarde noch die des Höchsten Führers Ajatollah Ali Khamenei geschwächt; der hat erst kürzlich betont, dass die Islamische Republik auch weiterhin zu Verhandlungen bereit sei und den Verhandlungstisch noch nie verlassen habe, sich aber auch nicht einschüchtern lasse. Wenn der Iran zum Beispiel darauf verzichtet, sein Uran auf 19,75 Prozent anzureichern, und seine unterirdische Anreicherungsanlage bei Fordo (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Atomanlage_Fordo) schließt, damit also zwei der von den P5+1-Mächten (den fünf UN-Vetomächten USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China und der Bundesrepublik Deutschland) in den Gesprächen in Bagdad und Moskau erhobenen Hauptforderungen erfüllt, muss er dafür auch eine Gegenleistung erhalten. Ohne eine solche Gegenleistung bietet die seit Langem durch ein Vertrauensdefizit vergifteten Verhandlungsatmosphäre dem Iran keinen Anreiz zur Kompromissbereitschaft. Es hat zwar Gerüchte über eine mögliche Lockerung der Sanktionen nach der US-Präsidentenwahl gegeben, bis jetzt liegt aber noch nichts Greifbares vor.

Im Iran gibt es viele Stimmen, die von der iranischen Führung Kompromisse mit dem Westen fordern. Die USA und ihre Verbündeten können diesen Stimmen den Rücken stärken und ihnen mehr Gehör verschaffen, wenn sie sich zur Lockerung der Sanktionen entschließen oder wenigstens Ausnahmen zuließen, damit die iranischen Banken den Import von überlebenswichtigen Gütern ohne militärischen oder atomaren Nutzen – also von Medikamenten und Nahrungsmitteln – wieder finanzieren können.

Es nützt wahrscheinlich wenig, der Obama-Regierung die moralische und ethische Fragwürdigkeit ihrer Politik gegenüber der iranischen Bevölkerung vorzuhalten; dieser Präsident hat in vieler Hinsicht die destruktive Nahostpolitik George W. Bushs fortgesetzt und gegenüber der iranischen Bevölkerung sogar noch verschärft.

Die aus der heraufziehenden Katastrophe erwachsenden ethischen und moralischen Probleme werden den Westen aber noch in Jahrzehnten belasten; zu dieser Katastrophe wird es aber nur kommen, wenn die westlichen Regierungen weiterhin blind auf ihren lähmenden Sanktionen gegen den Iran beharren und sich nicht wirklich um eine diplomatische Lösung des Konflikts bemühen.

In Anbetracht der tragischen Konsequenzen aus den in der Vergangenheit erfolgten US-Interventionen im Iran wäre es vernünftig, die Folgen der blindwütigen Sanktionen und ihre Wirkung auf die Einstellung der iranischen Bevölkerung zu den USA nochmals zu überdenken; noch sind viele Iraner pro-amerikanisch – und das in einer der unruhigsten Weltregionen, die den USA wegen ihrer negativen Einflussnahme überwiegend feindlich gesinnt ist.

Muhammad Sahimi, ein Professor an der University of Southern California in Los Angeles, analysiert für die Website PBS/Frontline (s. <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/>) und deren Tehran Bureau Entwicklungen im Iran.

Eskandar Sadeghi-Boroujerdi war früher Iran-Experte der Oxford Research Group und gibt Al-Monitor's Iran Puls (s. <http://www.al-monitor.com/pulse/home.html>) heraus. Er arbeitet als Doktorand für vier Jahre an der University of Oxford.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Unfolding Human Catastrophe in Iran

Sanctions imposed on Iran's banks and financial institutions could lead to a humanitarian crisis.

By Muhammad Sahimi & Eskandar Sadeghi-Boroujerdi

October 30, 2012 "Al Jazeera" -- During their debate about foreign policy last Monday, President Barack Obama and his Republican challenger Mitt Romney both agreed that the crippling unilateral sanctions imposed on Iran by the the United States and its allies must continue, until the Islamic Republic recalibrates its nuclear ambitions.

Both seem to have also adopted Israeli Prime Minister Binyamin Netanyahu's favoured refrain that "Iran must not be allowed to acquire a nuclear capability" and that such a capability constitutes a "red line" not to be crossed at any cost. Previously the inveterate refrain had been "Iran must not be allowed to acquire a nuclear weapon".

The definition of "capability" has continued to remain vague and ill-defined, and a number of analysts have concluded that the Islamic Republic is already nuclear capable and has all the necessary components it would need in order to assemble a bomb if it so desired. Once a country has mastered enrichment technology it is generally accepted that the decision to weaponise largely becomes a political one.

Both Israeli and American intelligence continue to hold that Iran has not yet taken any such a decision. A crucial caveat is of course is that as a signatory of the Non-Proliferation Treaty (NPT) with all its enrichment sites subject to IAEA inspections, if it desired to make a dash for the bomb, Iran would have to withdraw from the NPT. An act that would immediately raise alarm bells across the world and most likely provoke a rapid Western military response.

Apart from the vague and shifting red lines which continue to afflict the thick fog of Western national security rhetoric vis-a-vis Iran, not a single word was uttered by either men about the plight and suffering of the Iranian people who have had no role in the decisions made by the Islamic Republic's leaders. But, the fact is that the sanctions, exacerbated by government incompetence, have the potential to give rise to a major human catastrophe.

'Smart' and 'targeted'

The lack of sensitivity to the plight of ordinary Iranians was - at least on the President's part - surprising, because when his administration together with the European Union began imposing sanctions on Iran, they promised the world that the sanctions will be "smart" and "targeted". The world was promised that the sanctions will not hurt millions of ordinary Iranians who go about their daily lives and, in fact, oppose many of their government's policies.

But, the sanctions are now in full force, and are hurting the same people who we were told

were not meant to be their target, in what is yet another case of "collateral damage" inflicted by Western policy towards Iran, and its disenfranchised people who have lost control over their destiny at both home and abroad. In fact, there are very strong indications that a human catastrophe could emerge whose scale poses as much a threat as an outright military attack.

The supposedly "smart" and "targeted" sanctions have been increasingly expanded to all areas, even if they are not part of the official sphere of sanctions. This is intentional, even if Western leaders tell us otherwise. To avoid criticisms of the type that they were confronted with after they imposed all-encompassing sanctions on Iraq in the 1990s, the US and its EU allies have imposed sanctions on Iran's Central Bank and practically all other Iranian banks that are involved in commercial transactions with the outside world. Since these banks open lines of credit for imports, and provide financial guarantees for commerce with the outside world, it has become very difficult, if not impossible, to import vital goods and products into the country, even those that absolutely have nothing to do with the military, or oil, or the nuclear programme. In effect, this is the type of sanctions imposed on Iraq, but in a supposedly more "humanitarian" way.

An area that has been hit very hard is the pharmaceutical sector. Although Iran produces a large part of the medicines and drugs that its population needs, based on the generic versions of brand-named pharmaceuticals, it is still unable to produce the most advanced drugs that have come to the market over the past 10 to 15 years that deal with a variety of serious illnesses, simply because their generic versions are not yet available. As a result, Iran must still import a significant amount of drugs every year to address the needs of the Iranian people when dealing with such illnesses as leukaemia, AIDS, and others.

Sanctions on banks

But, the sanctions imposed on Iran's banks and financial institutions have effectively prevented Iran from importing the necessary drugs and the associated chemicals. At the same time, as Iran's oil exports continue to decrease due to the sanctions strain on the country's resources, it becomes increasingly difficult to pay for the expensive imported drugs, even if a way can be found for importing them. As a pharmacist in Tehran said, "The warehouses for pharmaceuticals are empty because we cannot import what we need due to the sanctions, and even if we could, we do not have the resources to pay for them due to the sanctions."

As a result, the shortage of drugs has all the makings of a human catastrophe. According to recent estimates as many as 6 million patients are currently being affected by the impact of sanctions on the import and manufacture of medications inside Iran.

This has prompted many of Iran's healthcare professionals to raise their voices, and begin protesting the impending danger they're witnessing before their eyes. The board of directors of the Iranian Haemophilia Society recently informed the World Federation of Haemophilia (IFH) that the lives of tens of thousands of children are being endangered by the lack of proper drugs as a consequence of international economic sanctions imposed on Iran.

According to the letter that the Society's board sent to the IFH, while the export of drugs to Iran has not been banned, the sanctions imposed on the Central Bank of Iran and the country's other financial institutions have severely disrupted the purchase and transfer of medicines. Describing itself as a non-political organisation that has been active for 45 years, the Society condemned [FA] the "inhumane and immoral" US and EU sanctions and appealed to international organisations for help.

No drugs to treat illnesses

Some statistics are very telling. Tens of thousands of Iranian boys and young men are haemophilic and need certain drugs that must be imported. Many of them may need surgery for a variety of reasons, but in the absence of proper drugs for their haemophilia illness, the surgeries cannot be performed, because the bleeding could not be stopped.

Several credible reports from Iran indicate that surgeries for all haemophilic patients have been cancelled, and at least a few have already died. There are about 37,000 Iranians with MS, a debilitating disease that can be controlled only with advanced medications; otherwise, the patients will die. In fact, three members of one of our extended families in Iran are afflicted with multiple sclerosis. Furthermore, given that even under the best medical conditions 40,000 Iranians lose their lives to cancer every year, and that it has been predicted by many medical experts that Iran will have a "cancer tsunami" by 2015 as every year 70,000 to 80,000 new cases of cancer are identified in Iran, the gravity of the situation becomes even more perilous.

Fatemeh Hashemi, head of Iran's Charity Foundation for Special Diseases, which cares for the needs of patients with life-threatening diseases, including a variety of cancers in adult patients as well as children, heart diseases, lung problems, multiple sclerosis (MS), and thalassemia, recently wrote a letter to United Nations' Secretary-General Ban Ki-moon. The Foundation has been a highly successful nonpolitical organisation that, in addition to Iran, has also served many people in Iraq and Afghanistan, and whose work has been recognised by the UN.

In her letter Hashemi said that she leads an organisation "with 6 million patients and, hence, in contact with 30 per cent of Iran's total population". Emphasising the non-political nature of her organisation and her letter, Hashemi added:

"Although drugs have not been sanctioned, due to the impossibility of paying for the imported drugs through the banking system, the heavy shadow of the sanctions is felt in the health sector. Not only has importing drugs been disrupted, importing the raw chemicals [for the drugs that Iran does produce] has also been disrupted... As a human activist, I call on humanity's conscience to pay attention to the fact that, despite the claims by those that have imposed the sanctions, their pressure is having its destructive effect on the life and health of the people."

Hence, the supposedly "smart" and "targeted" sanctions that were not going to hurt the ordinary Iranians have been inflicting significant damage on the Iranian people.

The net result is that shortage of drugs for patients with serious and life-threatening illnesses is becoming chronic in Iran, and is reaching hazardous levels.

Shortage of drugs

Meanwhile, recent reports indicate that two large plants that produce drugs for a variety of illnesses have also been closed. The reason is that it has become essentially impossible to import the chemical compounds used in the production of the drugs, due to the sanctions imposed on Iran's financial institutions that deal with the outside world.

The world must recognise that in certain respects the path taken by the United States and its allies is eerily similar to what was done to Iraq in the 1990s. The United Nation's UNICEF estimated that the sanctions imposed on Iraq caused the death of up to 500,000 Iraqi

children. Given that Iran's population is three times that of Iraq, if the sanctions imposed on Iran last several years - as they did with Iraq - the number of dead resulting from them could be larger than that of Iraq.

Moreover, given that Iran still imports a significant amount of wheat, rice and other food products, if the sanctions drag on, not only could hundreds of thousands of Iranians die due to shortage of drugs and medical goods, the shortage of food could also become very significant. It should also be noted, if only in passing, that sanctions did not change the policy of Saddam Hussein's regime.

Thus, after causing the death of hundreds of thousands of Iraqi children, those who had been jockeying for war with Iraq all along argued that the sanctions had failed, and "regime change" was the only alternative. As we now know Iraq did not have weapons of mass destruction, nor was it trying to produce them. Iran also does not have nuclear weapons yet, but Western policy has the power to change the Iranian leadership's calculus and make it seem like the only viable option remaining with the power to guarantee regime survival.

In sum, comprehensive sanctions not only killed thousands in Iraq, but they eventually laid the path to war. One key difference in the case of Iran is of course that one of its few lifelines to the outside world is still China, which depends on Iranian energy to abet its ongoing economic expansion, hardly a commendable development for those supporting human rights and entertaining hopes of democratisation in the Islamic Republic.

The sanctions have arguably failed to meaningfully shift the stance of Iran's Revolutionary Guards and the Supreme Leader Ayatollah Ali Khamenei, who most recently emphasised that the Islamic Republic is prepared to negotiate and has in fact never left the negotiating table, but will not be cowed into submission. So, if, for instance, Iran is expected to forgo 19.75 per cent uranium enrichment and close the underground Fordow enrichment facility, two of the P5+1's key demands at the Baghdad and Moscow talks, there must be some form of quid pro quo. Without one, there is no incentive for Iran to cooperate in an atmosphere already severely afflicted by a longstanding deficit of trust. There have been rumbles and rumours of possible sanctions relief after the US presidential election but nothing tangible as of yet.

There are many voices within Iran that have called on the leadership to find a compromise with the West. The US and its allies can make such voices stronger and louder if they offer to lift some of the sanctions, or at least have exceptions that allow Iran's financial system to be involved in the import of vital goods and products with no military or nuclear applications, such as drugs and food stuffs.

It may be useless to preach to the Obama administration about the human, moral, and ethical toll of its policy toward Iran, given that the President has in many respects perpetuated the destructive Middle East policy of George W Bush, which in Iran's case has been even tougher and more damaging to the livelihood of the Iranian people.

But, the emerging catastrophe will be an ethical and moral problem for the West for decades to come, a catastrophe that is being created simply because Western governments appear to blindly pursue crippling sanctions against Iran as an end in themselves, as opposed to a means by which to further the diplomatic process.

Given the tragic history of the US intervention in Iran in the past, it is prudent to rethink the consequences of such blind sanctions, and their effect on the thinking of the Iranian people about the US - a largely pro-US population in one of the most turbulent areas in the

world that has been known for its hostility towards the United States and its perceived negative impact in much of the region.

Muhammad Sahimi, a professor at the University of Southern California in Los Angeles, analyses developments in Iran for the website PBS/Frontline: Tehran Bureau.

Eskandar Sadeghi-Boroujerdi, a former Iran researcher at the Oxford Research Group, is Editor of Al-Monitor's Iran Pulse. He is also a fourth-year doctoral candidate at the University of Oxford.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern